

neun Mitglieder zu wählen. Wenn keine weiteren Vorschläge gemacht werden und wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir die Mitglieder der Kontrollkommission durch einfache Abstimmung vornehmen.

Der Parteitag stimmt diesem Verfahren zu. Die vorgeschlagenen neun Genossen werden einstimmig als Kontrollkommission gewählt.

Die Kontrollkommission besteht somit aus folgenden Mitgliedern:

1. *Gustav Bratke, Hannover,*
2. *Walter Dann, Elmshorn,*
3. *Heinrich Höcker, Herford,*
4. *Georg Richter, Düsseldorf,*
5. *Adolf Schönfelder, Hamburg,*
6. *Karl Seeser, Bayreuth,*
7. *Jacob Steffan, Mainz,*
8. *Fritz Ulrich, Stuttgart,*
9. *Christian Wittrock, Kassel.*

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Nünmehr unterbreche ich die Sitzung für eine halbe Stunde.

Vorsitzender *Julius Loßmann* eröffnet die Sitzung erneut um 17 Uhr: Mit der Schließung des Wahlaktes ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt. Zum Punkt 5,

Wahl des Sitzes des Parteivorstandes

liegt folgender Antrag von Hannover vor:

Der Parteitag wolle beschließen, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat seinen Sitz in Hannover.

Wird hierzu das Wort verlangt? Da das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Mit der einstimmigen Annahme durch den Parteitag ist damit Punkt 5 der Tagesordnung ebenfalls erledigt.

Beratung der Flüchtlingsfrage.

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Wir kommen jetzt zur Beratung der Vorlagen Nr. 12, 15, 16 und 19. Das Wort zur Begründung der Vorlage Nr. 12 hat der Genosse *Herbert Kriedemann*.

Herbert Kriedemann: Die Vorlage Nr. 12 ist ein Vorschlag für eine Entschließung zur Flüchtlingsfrage, die Euch durch die Aktionsausschüsse der Partei in den drei westlichen Zonen zur An-

nahme empfohlen ist. Sie spricht für sich selbst, so daß ich nur wenige Worte zu ihrer Begründung zu sagen brauche.

Es ist eine Gepflogenheit geworden, daß bei vielen Gelegenheiten von allen Seiten erklärt wird, den Flüchtlingen muß geholfen werden. Wir wissen aus der Praxis natürlich, daß diese Hilfsmaßnahmen von seiten der anderen Parteien weitgehend eingeschränkt werden sollen. In den letzten Tagen hat sich die Niedersächsische Landespartei in einem parteioffiziellen Artikel recht deutlich darüber ausgesprochen, wie sie sich die Lösung des Flüchtlingsproblems denkt.

Wir wissen, daß die Flüchtlinge in ihrer gegenwärtigen Lage eine tatsächliche Gefahr sind. Und wir wissen, daß der Zustand, in dem die meisten von diesen Menschen leben, die nicht mehr oder nicht weniger Nazis gewesen sind als die Deutschen im Durchschnitt überhaupt, nicht länger ertragen werden kann.

Wir haben es daher für dringend notwendig gehalten, in diesem Falle einmal sehr aktiv zu werden und deutlich zu sagen, wie wir uns die Lösung der Flüchtlingsfrage denken, indem wir einige Ausführungen dazu gemacht haben.

Wir wollen es natürlich nicht nur bei dieser Resolution bewenden lassen, sondern halten es für eine der vordringlichsten Aufgaben der Parteiarbeit, in allernächster Zeit das Flüchtlingsproblem anzupacken, mit dem Willen, es zu lösen. Die Formulierungen des Vorschlages sind unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen. Wir werden noch während des Parteitages den Bezirken einige Unterlagen darüber zugehen lassen und werden Ende nächster Woche, spätestens bis Anfang Juni eine Konferenz stattfinden lassen, in der die Vertreter der Flüchtlinge, die Sozialdemokraten sind und uns persönlich bekannt und politisch legitimiert sind, sich mit der praktischen Auswirkung der Frage beschäftigen sollen.

Das Problem ist uns allen bekannt. Daß es dringend ist, wissen wir, und daß es gefährlich ist, wenn es nicht bald gelöst wird, ist durchaus eine Wahrheit, über die nicht weiter geredet zu werden braucht. Ich will durchaus die Zeit des Parteitages nicht länger in Anspruch nehmen, und ich bitte, dieser Resolution zuzustimmen mit der Maßgabe, daß wir von der Vorlage Nr. 16 noch einen Satz übernehmen, der hier entsprechend eingebaut wird. Es ist der Vorschlag, dafür Sorge zu tragen, daß die Umsiedlung unter Beachtung der allgemein anerkannten völkerrechtlichen Gepflogenheiten stattfindet und dem deutschen Volke bei der Lösung der Flüchtlingsfrage entscheidende Hilfe zuteil wird.

Vorsitzender Julius Loßmann: Da niemand das Wort wünscht, stimmen wir über die Vorschläge des Genossen Kriedemann ab.

Die Vorlagen Nr. 12 und 19 werden *einstimmig angenommen*.

Auch die *Botschaft der Frauen* wird *einstimmig angenommen*.

Vorsitzender Julius Loßmann: Wir kommen zur Beratung der Vorlage Nr. 9, die sich für die Freilassung der Kriegsgefangenen einsetzt. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Vorlage wird *einstimmig angenommen*.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Loßmann wird beschlossen, die Sitzung für heute zu vertagen und Sonntagfrüh um 9 Uhr weiter zu verhandeln.

Sitzungsschluß: 17.22 Uhr.

Dritter Verhandlungstag

(Sonntag, 11. Mai 1946)

Schlußsitzung

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Die Verhandlungen des Parteitags sind wieder eröffnet. Wir beraten zunächst die Vorlage Nr. 11 über die

Entnazifizierung.

Das Wort zur Begründung hat der Genosse *Kriedemann*.

Herbert Kriedemann: Die mit der Entnazifizierung zusammenhängenden Schwierigkeiten begegnen uns jeden Tag. Von mehreren Diskussionsrednern ist darauf hingewiesen worden, daß wir in diesem Zusammenhang insbesondere auch das Problem der Jugend und der sogenannten Minderschuldigen und Unschuldigen ehemaliger Nationalsozialisten behandeln müssen. Wir wissen, daß im Augenblick bei den meisten Parteien geradezu ein Wettlauf eingesetzt hat um gewisse ehemalige Nationalsozialisten. Die Form der Aufnahme von solchen Mitgliedern hat manchmal geradezu komische Formen angenommen. (Sehr richtig!) Sie erinnern sich, daß außerordentlich schwer belastete Leute in die Parteien aufgenommen worden sind, darunter selbst Leute, die später von der Militärregierung wieder abgelehnt werden mußten. Die Parteien haben sich dann damit ausgedeut, diese Leute seien zwar Mitglieder der NSDAP. gewesen, aber sie seien im Auftrag der antifaschistischen Parteien in die NSDAP. gegangen.

Die Unsicherheit, die mit der Entnazifizierung verbunden ist, wirkt sich lebendig auf alle Zweige des öffentlichen Lebens aus. Wir müssen versuchen, diesen Prozeß radikal durchzuführen und schnellstens zu beenden. Unter dem notwendigen Tempo darf aber die Gründlichkeit nicht leiden. Wir dürfen unsere Menschen nicht verleiten lassen, die Dinge, ein Jahr nach dem Zusammenbruch, nicht mehr so ernst zu nehmen, wie sie sind. Wir müssen bei unserer Forderung bleiben, daß eine gewisse Sorte von Nationalsozialisten rücksichtslos bis ans Ende der Welt verfolgt wird,

denn wir wollen uns nicht der Gefahr aussetzen, daß nach zwei oder drei Jahren irgendein alter Herr mit ein paar Kindern auf der Straßenbahn steht, der selbst zu denen gehört, die früher 15 Kinder einfach aufgehängt haben.

Wir haben deshalb mit Absicht in der hier vorgeschlagenen Fassung die Forderung nach einer gründlichen Arbeit aufgestellt, und wir halten es für notwendig, daß diese Forderung auch überall mit dem nötigen Nachdruck vertreten wird. Insbesondere muß unsere Partei dafür sorgen, daß belastete Nationalsozialisten und kriminelle Nazis rücksichtslos aus ihren Verstecken herausgeholt werden. Es gibt noch genug davon.

Darüber hinaus müssen wir auch im Interesse unserer Partei eine klare Linie ziehen zwischen denen, die schuldig und denen, die minder schuldig oder unschuldig sind. Wir können den Zustand nicht ertragen, daß einfach junge Menschen vom politischen Leben ausgeschlossen sind. Wir wollen den minderbelasteten, den verführten Mitgliedern Gelegenheit geben, auch in unseren Reihen mitzuarbeiten. Es sind auch gewisse Sicherheiten eingebaut, daß nicht unkontrollierbare Menschen bei uns unterschlüpfen, die wir nicht zu haben wünschen.

Der wichtigste Punkt der Entschließung ist der, der sich mit der Frage der jungen Menschen befaßt. Der Genosse Dr. Grimme hat neulich auf der Zonenbeiratssitzung zum erstenmal ganz eindeutig zu dieser Frage Stellung genommen. Er hat die Forderung erhoben, daß junge Menschen, die in einem Alter waren, in dem sie weder Erfahrung noch Urteilsfähigkeit besaßen, als der Nationalsozialismus an die Macht kam und sie mit einer Flut von Propaganda überschüttete, ein für alle Male aus dem Kreise der Schuldigen herauszunehmen seien, es sei denn, daß sie mit kriminellen Verbrechen belastet sind, die einfach nicht zu ertragen sind.

So ist auch in dieser Resolution davon die Rede, daß von einer gewissen Altersgrenze ab diese jungen Menschen als tragbar, als unschuldig und als entnazifiziert anzusehen sind. Diese Entschließung wird Ihnen von den Aktionsausschüssen der Partei in den drei westlichen Zonen vorgeschlagen, und ich bitte Sie, ihr zuzustimmen und damit die Voraussetzung zu schaffen, daß alles geschehen kann, was notwendig ist und doch nicht mehr geschieht als notwendig ist.

Vorsitzender *Jullus Henssler*:

Zu der Entschließung ist ein Abänderungsantrag gestellt. Er lautet:

Der zweite Satz des letzten Absatzes ist wie folgt zu ändern:

„Demzufolge wird sie eintreten für einen Generalpardon derjenigen jungen Menschen, welche die Folgen der Hitlerdiktatur infolge ihrer Jugend nicht übersehen konnten, und deren jetzige Haltung nicht in Widerspruch zum Aufbau des neuen demokratischen Staates steht.“

Zur Begründung des Abänderungsantrages hat Genosse *Kukuliczinski* das Wort.

Max Kukuliczinski, Schleswig-Holstein: Eine Reihe von Delegierten hat sich veranlaßt gefühlt, einen Abänderungsantrag zu dieser Resolution einzubringen, und zwar halten wir den Satz, daß diejenigen unter die Amnestie fallen, die bei Beginn der Hitlerdiktatur das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, für die jetzigen Verhältnisse und die Schwierigkeiten im Tageskampf für unmöglich. Das würde nämlich bedeuten, daß unter den Generalpardon auch alle die fallen, die 31 bzw. 32 Jahre alt sind. Wir halten diese Grenze unbedingt für zu hoch. Sie würde praktisch bedeuten, daß alle die, gegen die wir wegen ihres Eindringens in die Verwaltung den Kampf draußen führen, alle die Offiziere, die die nationalsozialistische Propaganda draußen geführt haben, die sogenannten NSF-Offiziere, die oftmals noch viel schlimmer gewesen sind, als die nominellen Parteimitglieder, sich auf diese Resolution berufen würden, und man würde uns bei der Besetzung der Stellen immer wieder damit kommen, daß auch diese Leute unter die Amnestie gekommen sind.

Aus diesem Grunde haben wir die Abänderung vorgeschlagen. Wir wenden uns nicht gegen den Generalpardon als solchen, sondern nur gegen die Festsetzung einer Altersgrenze, und ich glaube, daß wir unseren Genossen draußen mit der Annahme des Antrages einen großen Gefallen erweisen würden.

Paul Nevermann, Hamburg: Die Ausführungen meines Vorredners haben manches für sich. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß diese Abänderung abgelehnt werden müßte, wenn der Sinn der ganzen Entschließung beibehalten werden soll, denn der Abänderungsantrag führt doch dazu, daß auch bei den Jugendlichen wieder in eine individuelle Prüfung eingetreten werden müßte, wer so und wer so eingestellt ist. (Das ist doch immer notwendig!) Wir wollten doch bei einer bestimmten Jugendlichengruppe von einer solchen individuellen Prüfung absehen, abgesehen von kriminellen Taten, die vorliegen. Nur so können wir mit einer solchen Entschließung die reinliche Scheidung und den Eindruck erzielen, den wir erzielen wollen.

Nun bin ich aber auch der Auffassung, daß das Alter von 18 Jahren im Jahre 1933 zu hoch gegriffen ist, aber wir müssen dann die Zahl 18 ändern, um doch wenigstens bei diesem Generalpardon zu bleiben, den wir doch aus ganz bestimmten politischen Gründen anstreben.

Ich bin deshalb der Auffassung, will mich aber auch auf die Zahl nicht festlegen, daß man nur die Zahl 18 ändern sollte in 16. oder 15. Lebensjahr. Wenn wir das tun würden, dann könnten wir die Altersstufen, wie es in der Resolution beabsichtigt ist, mit einem tatsächlichen Generalpardon bedenken.

Werner Jacobi, Iserlohn: In der Tendenz sind wir uns sicher alle einig. Es ist für uns selbstverständlich, daß die Jugend nicht mit dem Maß gemessen werden darf, wie wir die Alten messen müssen. Auf der anderen Seite bin ich verwundert über den Einspruch, der von meinem Vorredner hier gegenüber dem Abänderungsantrag geäußert wurde, (Sehr richtig!) denn die Begründung, daß bei den Jugendlichen keine individuelle Prüfung stattfinden soll, ist in jeder Weise undiskutabel. (Sehr richtig!) Schon aus dem Grunde, weil gerade bei der Militärregierung, — das weiß jeder, der tagtäglich mit der Militärregierung zu tun hat —, ein erhebliches Mißtrauen dann erst zu überwinden ist, wenn es darum geht, einen Jugendlichen in irgendeiner Form zu verteidigen. (Zuruf: Wehrwölfel)

Die Militärregierung verlangt aber auch in jedem Falle, nachdem überall die Hauptausschüsse für die Entnazifizierung eingerichtet worden sind, eine individuelle Prüfung, und es gibt gar keine Möglichkeit, unter Berufung auf irgendeine allgemeine Entschließung oder unter Berufung auf eine Haltung, die allgemein anerkannt ist, dieser individuellen Prüfung aus dem Wege zu gehen. Ich bin daher der Meinung, daß die Einwände gegen die Abänderung der Entschließung nicht stichhaltig sind, und daß Sie der Abänderung zustimmen sollten. (Sehr richtig!)

Otto Schmidt, Bezirk Koblenz: Mir ist der Einspruch gegen den Abänderungsantrag unverständlich, denn ich glaube, diejenigen, die jungen Menschen bis zum 31. Lebensjahr Generalpardon gewähren wollen, übersehen, daß gerade in diesen Jahrgängen, besonders bei denen, die heute zwischen 25 und 31 Jahre alt sind, die aktivsten Nationalsozialisten bis in die letzten Tage hinein waren, (Sehr richtig!) und daß sogar in diesen Jahrgängen der Nationalsozialismus heute noch am lebendigsten ist.

Es ist unsere größte Sorge, diesen Jahrgängen den Nationalsozialismus zu nehmen, und wir können da nicht mit einem General-

pardon kommen, denn wir würden ja Generalpardon auch denen gewähren, die nur in der Adolf-Hitlerschule groß geworden sind, die als Adolf-Hitlerschüler bis in die letzten Jahre hinein unsere Söhne und Brüder und die Männer unserer Frauen auf den Kasernenhöfen schikaniert und getriezt haben. Es würde für uns unerträglich sein, wenn wir diesen Menschen Generalpardon gewähren würden.

Ich bitte daher, mit überwältigender Mehrheit zu erklären, daß wir gar nicht daran denken, diesen Nazis in irgendeiner Form Pardon zu gewähren. Wir wollen sie überwinden! (Lebhafter Beifall.)

Karl Meitmann, Hamburg: Ich glaube, die Frage, die jetzt zur Diskussion steht, ist eine Frage von so politischer Bedeutung, daß wir sie ohne alle Leidenschaft behandeln müssen. Wenn wir das, was mein Vorredner sagte, als Grundlage unserer Verhandlungen nehmen, so wäre die Entschließung anzunehmen. Wir müssen in die Zukunft schauen. Wenn wir auf der einen Seite in derselben Entschließung sagen, daß die deutsche Jugend nicht verantwortlich ist für das, was Verbrecher aus ihr gemacht haben, dann müssen wir den Mut haben, daraus auch die Konsequenzen zu ziehen. Wenn einschränkend gesagt worden ist, daß Verbrecher und verbrecherische Handlungen, daß gemeine Denunziationen von der Amnestie ausgenommen sein sollen, dann tun wir das was in der Entschließung steht.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die meisten jungen Menschen — und ich sage das eindeutig aus meiner eigenen Kriegserfahrung 1914—18 — gar nicht urteilsfähig sind für das, was sie in einem falschgeleiteten Idealismus getan haben. Wir müssen uns der Leidenschaft, die uns jetzt bewegt, entkleiden und sagen: wollen wir den Sinn dieser Revolution überhaupt zur Politik formen, dann geht es nicht anders als Nevermann gesagt hat, entweder fällt die ganze Revolution — und das wäre eine Frage von unerhörter politischer Bedeutung, namentlich in bezug auf die Wiedereinrichtung in die Betriebe und den Arbeitsprozeß — oder aber wir geben den jungen Menschen die Möglichkeit, in der künftigen Zeit Deutschland mit zu formen und mit uns in Konnex zu kommen.

Dasselbe Problem liegt bei dem, was wir gestern diskutiert haben, nämlich auch bei der Arbeitsmöglichkeit, der Wiederhereinbringung dieser Menschen in den Arbeitsprozeß. Hier handelt es sich darum, durch diese Entschließung den jungen Menschen wieder die Mög-

lichkeit zu geben, am deutschen Aufbau, am eigenen Aufbau, teilzunehmen.

Darum bitte ich, entweder lassen Sie die ganze Resolution weg (Zuruf: Niemals!) oder Sie nehmen sie an, wie sie von uns vorgelegt ist. Gehen wir heraus aus dieser heutigen Situation der Leidenschaft, seien wir politische Menschen und blicken wir in die Zukunft! (Lebhafter Beifall.)

Andreas Gayk, Kiel: Die Leidenschaft, mit der wir heute um eine Frage kämpfen, die uns das ganze Jahr hindurch leidenschaftlich bewegt hat, beweist, daß hier eine wunde Stelle der deutschen Politik vorliegt. Ich bin seit je der Meinung, seit den ersten Tagen des Zusammenbruches, daß eine beschleunigte Entnazifizierung die erste und wichtigste Aufgabe einer weitsichtigen deutschen Politik gewesen wäre. Die englische Militärregierung hat sehr fragwürdig gehandelt in dem Augenblick, wo sie dieses Vertrauen zu den aufbauenden demokratischen Kräften in Deutschland nicht an den Tag gelegt hat, denn von daher kommt die Tatsache, daß man uns nicht das Recht gegeben hat, diese Operation, die wir am Körper des deutschen Volkes vorzunehmen hatten, schleunigst und radikal vorzunehmen.

Dann wäre dieser Patient Deutschland heute im Zustand der Genesung, und wir hätten die bedenkliche Situation, daß das ganze deutsche Volk zerklüftet ist in zwei große Lager, die früheren Nationalsozialisten und die Antinationalsozialisten, wenigstens zu einem Teil schon positiv überwunden. Denn darüber sind wir uns einig: Staatspolitisch gesehen, ist die Überwindung dieses Gegensatzes die große Aufgabe der deutschen Politik. (Sehr richtig!) Wir müssen es erreichen, komme was da wolle, die besten Elemente der jungen Generation zuerst, aber auch aus den sogenannten nominellen Nazis, die nur zwangsweise hineingekommen sind, hineinzureißen in den großen Strom der aufbauwilligen demokratischen Kräfte. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte Sie, Ihre Abstimmung von der Frage abhängig zu machen, ob es uns gelingt, für die Zukunft dieser demokratischen Republik, dieses demokratischen Staates, einiges vorsorglich zu tun. So wie wir das wünschen, ist es noch nicht geschehen. Die Resolution sagt, daß diese Entnazifizierung so schnell wie möglich durchgeführt werden soll, denn wir wollen Ruhe haben, wollen diese Dinge endlich einmal hinter uns bringen. Wir können sonst eine klare Politik nicht aufbauen.

Ich glaube, wir wollen die verständliche Ablehnung von Gedankengängen, die gerade im letzten Absatz erscheinen, nicht über-

bewerten. Ich bin mit den Genossen der Meinung, daß in den Köpfen dieser jungen Generation sehr viel zu bereinigen ist, aber wir wollen uns auch darüber klar sein, daß die Schuldigen für diesen geistigen Zustand nicht die Jugendlichen selbst sind. Sie sind doch im jugendlichen Alter von 15 Jahren in eine geistige Welt hineingewachsen, wo es eine Möglichkeit einer Diskussion, eines geistigen Ringens um das, was in der Welt vorgeht, überhaupt nicht mehr gab. Sie sind so aufgewachsen, wie heute die jungen Menschen und auch die älteren in der östlichen Zone leben und aufwachsen. Es gibt nur eine Meinung, und wer dagegen ist, hat überhaupt keine Möglichkeit, sich geistig zu entwickeln.

Wir wollen deshalb uns in Ruhe darüber auseinandersetzen, welcher Zeitpunkt, welches Jahr, das angemessene ist. Aber es ist unmöglich, diese staatspolitische Grundhaltung zu verlassen, die in dieser Entschließung festgelegt ist, und die ich unter allen Umständen festzuhalten bitte. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Die Rednerliste ist geschlossen. Genosse *Kriedemann* hat als Antragsteller noch einige Schlußworte zu sagen.

Herbert Kriedemann, Hannover: Wir alle wissen ja, wie weit die Jugend durch das Gift des Nationalsozialismus noch heute belastet ist, und erschütternde Beweise dafür sind uns bekannt. Wenn wir aber uns heute darin erschöpfen, diese Jugend anzuklagen, wird sie mit Recht darauf hinweisen können, daß sie in diese Situation ja dadurch gekommen ist, daß ihre Väter und Lehrer sie in der entscheidenden Zeit im Stiche gelassen haben. (Sehr richtig!) Wir müssen der Jugend Gelegenheit geben, an die neuen Ideen Anschluß zu finden. Das ist die zwingende Voraussetzung dafür, daß wir in Deutschland weiterkommen.

In diesem Zusammenhange möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es in den drei Ländern der amerikanischen Zone bereits ein deutsches Gesetz gibt, in dem es heißt:

„Gegen Personen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind, können Maßnahmen nach dem Gesetz nur angeordnet werden, wenn sie als Hauptschuldige belastet oder minderwertig sind.“

Das entspricht im wesentlichen dem Vorschlage unserer Resolution. (Widerspruch.) Warum nicht? Der Ausdruck „Generalpardon“ ist in diesem Kreise vielleicht nicht verständlich. Es geht aber aus der Formulierung eindeutig hervor, daß natürlich der Generalpardon sich nicht auf die erstreckt, die kriminell belastet sind.

Der Vorredner machte den Vorschlag, daß wir den Ausdruck „Generalpardon“ herausnehmen, aber die Altersgrenze festlegen, wie sie hier auch vorgeschlagen ist. Nachdem das Gesetz in der amerikanischen Zone anerkannt ist, und danach gearbeitet wird, können wir uns dem nicht verschließen.

Wir wollen den Jugendlichen nicht restlos den „Generalpardon“ gewähren. Wir nehmen ausdrücklich die aus, die belastet sind, die sich Verbrechen schuldig gemacht haben. Das steht auch in der Resolution drin. Ich schlage vor, daß wir in der endgültigen Fassung den Ausdruck „Generalpardon“ so placieren, daß ein Mißverständnis nicht möglich ist, und ich bitte Sie eindringlich, mit der Annahme dieser Resolution zum Ausdruck zu bringen, daß wir den jungen Menschen, und wenn sie heute noch so befangen sind mit den Auffassungen des Nationalsozialismus, Gelegenheit geben, sich an ihrer und ihres Volkes zukünftigen Gestaltung zu beteiligen.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Wir legen Wert darauf, daß diese Entschliebung eine einmütige Willenskundgebung des Parteitags ist. Ich bin der Auffassung, daß die Gegensätze in Wirklichkeit gar nicht so groß sind, wie sie durch die Debatte scheinen. Ich schlage vor, daß wir die Abstimmung über diese Entschliebung zurückstellen und einige Genossen beauftragen, den letzten Passus noch einmal durchzugehen und vernünftige Vorschläge zu machen. (Sehr gut.) Ich schlage für diese Kommission vor, neben Genossen

Kriedemann, die Genossen Eichler, Knothe, Zinn,
Jacobi, Heydorn.

(Durch Zurufe werden noch weitere Vorschläge gemacht.)

Es sind weiter vorgeschlagen die Genossen:

Hoffmann-Regensburg, Kukliczinski-Schleswig-Holstein,
Schmidt-Bayern, Gayk-Kiel, Schultz-Hannover, Mayer-
Schreiber-Hessen-Frankfurt, Schaub-Dortmund.

Wer dafür ist, daß diese Kommission die Entschliebung noch einmal durcharbeitet, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist so beschlossen. Ich bitte die Mitglieder der Kommission, sich sofort im EBraum zusammenzufinden.

Wir kommen dann zur Mitteilung über die Wahlresultate.

Resultat der Wahl zum Parteivorstand.

Chr. Wittrock, Kassel: Ich habe den Auftrag, im Namen der Wahlkommission Ihnen einen Bericht zu erstatten über das Resultat der Wahl des Parteivorstandes:

Von den 258 Delegierten haben 250 abgestimmt. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 5 ungültig, weil sie mehr als 25 Namen enthielten. Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielten:

Als *besoldete* Mitglieder des Parteivorstandes:

Dr. Kurt Schumacher als Vorsitzender	244 Stimmen
Erich Ollenhauer	230 Stimmen
Alfred Nau	228 Stimmen
Fritz Heine	224 Stimmen
Herbert Kriedemann	202 Stimmen

als *unbesoldete* Mitglieder des Parteivorstandes:

Dr. Victor Agartz	242 Stimmen
Fritz Henssler	212 Stimmen
Ernst Nölting	203 Stimmen
Fritz Helmstädter	203 Stimmen
Julius Loßmann	197 Stimmen
Walter Menzel	194 Stimmen
Adolf Grimme	193 Stimmen
Ernst Gnoß	192 Stimmen
Wilhelm Knothe	191 Stimmen
Franz Bögler	189 Stimmen
Andreas Gayk	186 Stimmen
Ludwig Metzger	183 Stimmen
Wilhelm Kaisen	181 Stimmen
Willi Eichler	178 Stimmen
Valentin Baur	172 Stimmen
Elisabeth Selbert	170 Stimmen
Emil Groß	168 Stimmen
Anna Beyer	161 Stimmen
Robert Görlinger	160 Stimmen
Hermann Veit	151 Stimmen

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Ich schlage vor, daß jetzt der Parteivorstand und die Kontrollkommission sofort zusammentreten und sich konstituieren. Zu dem Zweck wird die Sitzung auf 20 Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung um 10.15 Uhr)

Vorsitzender *Fritz Henssler* eröffnet den Parteitag wieder um 10.50 Uhr und erteilt das Wort dem Genossen *Kriedemann*, Hannover:

Herbert Kriedemann, Hannover: Die Redaktions-Kommission schlägt Ihnen für den letzten Absatz der Entschließung über die Entnazifizierung folgende Fassung vor:

„Alle jungen, von der Propaganda des Nationalsozialismus und Militarismus verführten Menschen aber, soweit sie nicht Aktivisten waren oder kriminell belastet sind, betrachtet die Sozialdemokratische Partei als nicht verantwortlich. Die Sozialdemokratische Partei wird deshalb allen jungen Menschen helfen, ihr eigenes Leben in einem neuen demokratischen Deutschland wieder aufzubauen und damit die Zukunft des deutschen Volkes mitzugestalten.“

Wir bitten Sie, der vorgelegten Resolution in dieser Form Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender *Fritz Henssler:* Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Handzeichen. Ich stelle die einmütige Annahme der Entschließung fest.

Konstituierung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Das Wort hat nun Genosse *Dr. Schumacher.*

Kurt Schumacher: Ich habe Ihnen in diesem Augenblick nur die geschäftliche Mitteilung über die Konstituierung des neuen Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu machen. Wir hatten bei der Vorbereitung des Parteitages uns entschlossen, dem neu zu wählenden Parteivorstand das Recht zu geben, nach der Wahl des Vorsitzenden durch einen Vorschlag einen Stellvertreter des Vorsitzenden und evtl. einen zweiten Stellvertreter zu benennen. Wir sind einstimmig zu der Meinung gekommen, daß Stellvertreter des Vorsitzenden der Genosse *Erich Ollenhauer* sein soll. (Bravo.) Wir haben, um die Verbundenheit der Zonen untereinander zu dokumentieren, als zweiten Stellvertreter den Genossen *Willi Knothe* Ihnen vorzuschlagen. Genosse *Knothe* ist Ihnen ja bekannt als Führer der hessischen Sozialdemokratie in Frankfurt (Main). Ich habe Sie jetzt im Namen des gesamten Parteivorstandes nur noch zu bitten, diese Vorschläge möglichst einstimmig zu billigen.

Vorsitzender *Fritz Henssler:* Ich bitte um das Handzeichen für den Antrag des Genossen *Schumacher*. Ich danke Ihnen. Bitte die Gegenprobe. Ich stelle fest, daß der Antrag gegen 7 Stimmen (Zuruf: Bayern!) angenommen ist.

Ich habe noch mitzuteilen, daß die *Kontrollkommission* den Genossen *Adolf Schönfelder*, Hamburg, zu ihrem *Vorsitzenden* gewählt hat. Als *Schriftführer* wurde der Genosse *Chr. Wittrock*, Kassel, gewählt.

Vorsitzender Fritz Hénssler: Wir kommen jetzt zur Beratung des Antrags *Meitmann-Schönfelder (Beamte und Politik)*. Das Wort zur Begründung hat der Genosse *Meitmann*.

Karl Meitmann: Der Antrag bedarf wohl keiner besonderen Begründung, und so kann ich mir irgendwelche Ausführungen ersparen. Ich möchte Sie nur bitten, die Vorlage anzunehmen und folgende Korrekturen zu berücksichtigen:

Im Absatz 1 letzte Zeile statt „Behörden“ „Behörde“. Im Absatz 2, Zeile 2 hinter „gerade“ statt „von“ „bei“. In Absatz 3, Zeile 2 nicht „fachlichen“ sondern „fachlich gut unterrichteten“. Im Absatz 5, letzte Zeile soll das Wort „insbesondere“ gestrichen werden.

Eine sachliche Begründung, glaube ich, erübrigt sich und ich bitte um Annahme des Antrages.

Vorsitzender Fritz Hénssler: Ich glaube, daß sich die Verlesung der Entschliebung erübrigt. Wer den Abänderungen des Genossen *Meitmann* zustimmt, und in diesem Sinne der Entschliebung zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben.

Ich danke Ihnen. Die Entschliebung ist angenommen.

Wir kommen zur Behandlung der Vorlage 13

„Vorschlag für eine Entschliebung zur Ernährungskrise“.

Das Wort hat zur Begründung der Genosse *Kriedemann*, Hannover.

Herbert Kriedemann, Hannover: Wir haben zu der Frage der Ernährung nicht Stellung nehmen können, ohne auf ein paar Dinge einzugehen, die mit der Landwirtschaft im Zusammenhang stehen. Dabei hat es sich insbesondere um die Frage der Beseitigung der nationalsozialistischen Einflüsse gehandelt, die sich besonders in der landwirtschaftlichen Verwaltung noch erhalten haben. Es werden Ihnen hierfür eine Reihe von Tatsachen bekannt sein, so daß ich darauf verzichten kann, hier aufzuzählen, was wir in dieser Beziehung in Hannover erlebt haben und was uns besonders am Herzen liegt.

Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht nur Forderungen dem Lande gegenüber erheben. Wir haben in der Formulierung der Entschliebung Wert darauf gelegt, der landbearbei-

tenden Bevölkerung zu sagen, daß wir ihre Lage kennen und das wir wissen, was das Gesamtvolk dem Erzeuger seiner Nahrungsmittel schuldig ist. Wir haben es aber auch für notwendig gehalten, eindeutig darauf hinzuweisen, daß wir eine monopolistische Ausnutzung der Abhängigkeit der Stadtbevölkerung von dem Nahrungsmittelproduzenten nicht dulden können. Wir sind soweit gegangen zu sagen, daß wir die Enteignung derjenigen fordern, die gegen den neuen Staat und gegen die Demokratie arbeiten und damit praktisch Saboteure am Wiederaufbau werden. Es ist unserer Meinung nicht vermeiden. Im übrigen werden wir bei Bear- Agrar-Reform hineingehören. Der Hinweis darauf ließ sich nach uns klar, daß wir damit Probleme anrühren, die eigentlich in die beitung dieser Fragen dem Lande und der Landbevölkerung gegenüber darauf hinweisen können, daß wir in allernächster Zeit mit einer eindeutigen Formulierung unserer Auffassung von der notwendigen Agrar- und Bodenreform an die Öffentlichkeit treten werden.

Wir bitten Sie daher, auch dieser Entschliebung zuzustimmen.

Conrad Beckmann, Osnabrück: Es dürfte das erste Mal sein, daß ein Bauer zu Problemen spricht, die der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zu besprechen hat. Die hier vorliegende Vorlage scheint mir doch aus einem Milieu zu kommen, das den Problemen der Landwirtschaft etwas fremd ist. Die gegenwärtige Ernährungskrise können wir nicht nur mit Entschliebungen rein theoretischen Inhalts meistern, sondern wir müssen dabei auch die Praxis berücksichtigen.

Eine der Hauptschwierigkeiten, die zur Zeit in der Landwirtschaft vorliegen, ist die Kunstdüngerfrage. Ich darf hier bei der Besprechung dieses Problems die Vertreter der Militärregierung bitten, die größte Sorge darauf zu verwenden, daß zum wenigsten für unsere Hackfruchternte noch Kunstdünger schnellstens bereitgestellt wird. Für die kommende Getreideernte ist sowieso mit Kunstdünger nichts mehr zu machen. Für eine Steigerung der Hackfruchternte brauchen wir aber dringend Kunstdünger.

Die andere Frage, die uns in der Landwirtschaft zur Zeit außerordentlich in der Entfaltung behindert, ist die Frage der Arbeitshilfe-Not. Wir stehen in der Landwirtschaft vor der Tatsache, daß wir unsere Arbeit nicht bewältigen können. Ich verstehe, daß vom städtischen Gesichtspunkt aus gesehen, die Arbeit in der Landwirtschaft als degradierend empfunden wird. Das bringt uns aber nicht über die Tatsache hinweg, daß schnellstens dafür Sorge getragen werden muß, der Landwirtschaft die dringend benötigten Arbeitskräfte zuzuführen. Es geht nicht weiter so, daß die Bäu-

rinnen auf dem Lande nicht wissen, wie sie die Kühe melken sollen, daß sie nicht wissen, wie die notwendigen Hackarbeiten ausgeführt werden sollen. Aus diesem Grunde bitte ich die maßgebenden Vertreter unserer Parteileitung, dafür zu sorgen, daß die benötigten Arbeitskräfte der Landwirtschaft, wenn nicht im freien Vermittlungswege, dann durch andere Maßnahmen, alsbald zugeführt werden. Die Ernährung des Volkes hängt tatsächlich davon ab, daß in dieser Hinsicht die notwendige Einsicht Platz greift.

Es ist nicht viel davon zu erwarten, wenn wir die Reichsnährstandsorganisation aufheben; wir werden dadurch nicht mehr Nahrungsmittel bekommen. Die Reichsnährstandsorganisation muß nach meiner Ansicht vorläufig bleiben, aber an die maßgebenden Stellen müssen andere Leute gesetzt werden. (Sehr richtig!) Die Kommunen können zur Zeit die anfallenden Nahrungsmittel nicht erfassen. Es würde zu einer ungeheuren Bürokratisierung der Erfassung kommen und die Bevölkerung würde nicht ein Stück Nahrungsmittel mehr erhalten.

Um das Problem des Schwarzen Marktes und des Hamstern zu berühren, bitte ich, in den Städten dafür besorgt zu sein, daß alle die Menschen, die infolge ihrer überschüssigen Kaufkraft bis heute noch nicht nötig haben, zu arbeiten, alsbald durch die Arbeitsämter erfaßt und in der Stadt einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden. Wir werden durch diese Leute auf dem Lande so überflutet, daß auf den Höfen schon ständig eine Kraft sein muß, um die vielen Hamsterbesucher abzuwehren. Unsere Frauen sagen uns immer wieder, daß sie nicht mehr wissen, wie sie sich der anstürmenden Besucher erwehren sollen. Wenn in dieser Hinsicht das Notwendige unternommen wird, dann wird einmal die Menschheit einer produktiven Tätigkeit zugeführt und für die Landwirtschaft findet eine große Entlastung statt.

Ich bitte also für die Zukunft darauf Bedacht zu nehmen, daß tatsächlich uns der Dünger zugeführt wird und daß die notwendigen Arbeitskräfte sichergestellt werden. (Starker Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Schlußwort hat der *Genosse Kriedemann*.

Herbert Kriedemann: Ich darf Ihre Aufmerksamkeit darauf hinlenken, daß in der vorgeschlagenen Resolution ausdrücklich von der Bereitstellung von Arbeitskräften und einer ausreichenden Versorgung mit Kunstdünger die Rede ist. Aus einer einfachen Beseitigung des Reichsnährstandes werden wahrscheinlich nicht mehr Nahrungsmittel herauskommen. Wir wollen aber eindeutig zum Ausdruck bringen, daß der Reichsnährstand beseitigt werden

muß, und wir wollen mit neuen Maßnahmen nicht warten nach dem Vorschlag der Reichsnährstandsanhänger, bis einmal die Landwirtschaft sich beruhigt hat. Man hat uns, wie Genosse Dr. Schumacher ausgeführt hat, gesagt, die Nazis müßten bleiben, sonst breche die Ernährung zusammen. Die Ernährung ist zusammengebrochen, und zwar deshalb, weil die Nazis dageblieben sind. (Sehr richtig)

Der Reichsnährstand ist im wesentlichen die Vertretung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft in der Form des Reichsnährstandes hat ihre und unsere Angelegenheit diktatorisch geregelt. Wir wünschen demgegenüber, daß alle Fragen, die die Allgemeinheit betreffen, von der die Landwirtschaft auch nur ein Teil ist — auch ich bin selber Landwirt — durch die Organe der Allgemeinheit, durch die staatlich-demokratisch kontrollierten Organe geregelt werden, und daß der Landwirtschaft das verbleibt, was jeder anderen Wirtschaftssparte verbleibt, eine Einrichtung zur Vertretung ihrer Standes- und Berufsinteressen. Ich bitte Sie also noch einmal, die hier vorgelegte Resolution in dieser Form anzunehmen, weil alles, was notwendig ist, darin ausreichend zum Ausdruck gebracht worden ist.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der vorgelegten EntschlieÙung zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Die Gegenprobe bitte. Ich stelle fest, daß die EntschlieÙung gegen vier Stimmen angenommen ist.

Wir kommen nun zum Punkt 1 der Vorlage 6:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine *Programmkommission* einzusetzen“.

Ich schlage vor, daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand überweisen.

Wer damit einverstanden ist, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich stelle fest, daß dies einstimmig beschlossen ist.

Dann liegt ein Antrag vor, die *Rede des Genossen Dr. Schumacher* in *Druck* zu geben. Ich halte das für selbstverständlich. Der Antrag wird ausgedehnt auf das *Referat des Genossen Dr. Agartz*.

Dann liegt ein Antrag *Knothe* vor, daß ein *Protokoll der Parteitagsverhandlungen* gedruckt wird.

Ich schlage vor, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Ich stelle nunmehr fest: Es ist einstimmig beschlossen, daß die Referate der Genossen Dr. Schumacher und Dr. Agartz gedruckt

werden. Es ist beschlossen, den Antrag Knothe auf Druck des Parteitags-Protokolls dem Parteivorstand zu überweisen.

Wir behandeln nun die Vorlage 22 (Vorschlag einer Entschließung des Bezirks Niederrhein zum *Bergbau- und Bergarbeiter-Problem*).

Das Wort hat zur Begründung der Genosse Jochem, Oberhausen.

Heinrich Jochem, Oberhausen: Ich glaube, es ist notwendig, daß wir den Parteitag auf eine Angelegenheit aufmerksam machen, die hier eigentlich viel zu wenig beachtet worden ist. Gerade sprach hier ein Vertreter der Landwirtschaft und wies darauf hin, daß, wenn wir im nächsten Jahr nicht eine ähnliche Hungerkatastrophe erleben wollen wie in diesem Jahr, wir etwas tun müssen für die Landwirtschaft. Er verlangte, daß Düngemittel bereitgestellt werden. Wir aus dem Kohlenpott wissen ganz genau, wie sehr die Landwirtschaft nach Düngemitteln hungert, denn aus dem Ruhrpott gehen im Schwarzhandel und im Tauschwege dauernd Wagen mit Düngemitteln und Kohlen heraus. Wir stellen fest, daß auf diese Weise aus dem Sektor der Landwirtschaft noch eine ganze Menge Nahrungsmittel herausgeholt werden. Wir fragen uns, ob die Dinge so sein müssen, daß unsere Wirtschaft von nicht ganz einwandfreien Menschen geführt wird.

Wir stellen weiter fest im Ruhrgebiet, daß die gesamte deutsche Wirtschaft schon wieder ins Stocken geraten ist, und zwar seit Januar dieses Jahres, als die Rationskürzungen vorgenommen wurden. Wir haben damals dem deutschen Volk, den deutschen Behörden und den Militärregierungen zugerufen, daß, wenn schon eine Kürzung notwendig ist, sie nicht angewendet werden darf für die Bergarbeiter. Diese Stimme ist einfach verhallt bei allen Stellen, an die sie gerichtet war. Wir stellen jetzt fest, daß ein Förderrückgang von etwa 180 000 To. auf 150 000 To. eingetreten ist, daß die Hauerleistung von 0,9 auf 0,8 To. zurückgegangen ist, weil eben der Bergarbeiter bei dieser Ernährung einfach nicht arbeiten kann.

Wenn hier der Genosse aus der Landwirtschaft sagte, daß diese sich nicht mehr retten können vor den Bettlern, dann ist das richtig. Wir stellen fest, daß 25 Prozent der Bergarbeiter heute nur noch betteln statt zu arbeiten. Wenn wir damals warnend erklärten, bei den Bergarbeitern und ihren Familien dürfen die Rationen nicht gekürzt werden, so ist heute unsere Warnung durch die Auswirkungen bestätigt. Eine ganze Reihe von Fabriken sind stillgelegt, weil keine Kohlen da sind, und andere konnten aus dem gleichen Grunde nicht anlaufen.

Ich sage, wenn sich das deutsche Volk nicht endlich um seine Bergarbeiter kümmert, dann gehen wir einen Weg, der noch tiefer in das Chaos führen muß. Vielleicht wird gesagt, die Ernährungsfrage, die lohnpolitische Frage und die wohnpolitische Frage sind Fragen der Gewerkschaften. Nein. So sehr ich weiß, was die Gewerkschaften zu tun haben, so sehr weiß ich, daß die Frage der Bergarbeiter nicht nur eine Angelegenheit der Gewerkschaften, sondern eine hochpolitische Angelegenheit Deutschlands ist. (Sehr richtig!)

Wenn wir Forderungen gestellt haben, die sich vielleicht sehr belastend auf die übrigen Provinzen auswirken können, so bitte ich einmal zu überlegen, ob wir im Recht sind oder im Unrecht, wenn wir verlangen, daß der Lohn für den Bergmann nicht mehr eine Angelegenheit nur des Bergmanns und der Rheinisch-Westfälischen Industrie ist, sondern eine Angelegenheit des deutschen Volkes.

Ich meine, nach 1918 strengte sich das deutsche Volk ein klein wenig mehr an als diesmal. Gewiß hatten wir damals nicht eine so demolierte und zusammengebrochene Wirtschaft wie heute. Ich weiß mich zu entsinnen, daß trotzdem damals der Ruf an die Bergarbeiter erging, Ihr müßt in die Bresche springen. Während die anderen den 8-Stunden-Tag hatten, mußten wir zweimal in der Woche eine halbe Schicht mehr verfahren. Wir haben das getan, weil wir die Notwendigkeit einsahen, aber man bemühte sich damals auch um eine bessere Ernährung und um bessere Wohnmöglichkeiten der Bergarbeiter. Heute scheint das deutsche Volk nicht zu wissen, wo der Hebel anzusetzen ist.

Glauben Sie nicht, daß eine Lohnerhöhung möglich ist auf Kosten der Kohlenpreiserhöhungen. Der Kohlenpreis kann nicht erhöht werden. Im Bergbau ist die Lage so, daß noch nicht einmal die produktiven Unkosten gedeckt werden können. Eine Reihe von Zechen sind demoliert. Übrigens wäre eine Kohlenpreiserhöhung auch eine Angelegenheit der Militärregierung. Wissen Sie schließlich, unter welchen Löhnen die deutsche Bergarbeiterschaft heute arbeitet? Wissen Sie, daß der Lohn des Bergmanns bei Ubertage bei RM 135,— im Monat liegt.

Wissen Sie, daß der Lohn für den Untertagearbeiter, für den Hauer, bei RM 160,— im Monat liegt? Wissen Sie, daß Ihre Arbeiter, die aus Ihren Provinzen dienstverpflichtet werden für den Bergbau, dort nicht leben und nicht sterben können und daß ihnen nach Abzug der Unkosten für Verpflegung und Beherbergung noch ungefähr RM 20,— bis 30,— verbleiben, mit denen sie ihre Angehörigen in Hannover, Holstein, Oldenburg unter-

halten sollen? Wissen Sie, daß die von auswärts eingewiesenen Arbeiter für den Bergbau in Baracken leben müssen, in denen bisher die Fremdarbeiter untergebracht waren, daß sie in einem Raum schlafen und essen, ihre sonstige Unterhaltung pflegen müssen, und daß es dort keine Radioapparate gibt? Wollen wir unseren deutschen Bergarbeiter so behandeln?

Ich glaube, es ist an der Zeit, das deutsche Volk wachzurütteln. Wenn wir verlangen, daß eine Lohnaufbesserung nur möglich ist durch Umlage, durch Zuschüsse und Steuererleichterungen, dann kann das nicht eine Angelegenheit des Rheinisch-Westfälischen Industriezentrums sein, sondern es muß Gedankengut werden der Bayern, der Badenser, Hessen, Holsteiner und Hannoveraner, denn schließlich kann man auch dort nicht leben, wenn wir keine Kohlen fördern können. Ich möchte Sie bitten, mit dem Appell nach Hause zu gehen, alles mobil zu machen bis in das letzte Dorf, daß, wenn wir anfangen, Deutschland wieder in Ordnung zu bringen, wir zu nächst beim Bergbau anzufangen haben. Bringen wir Opfer, denn wenn es dem Nazismus möglich war, in Form von Verbilligungsscheinen dem Arbeiter zu helfen, warum sollte es uns nicht möglich sein, unseren Bergarbeitern zu helfen?

Ich weiß, wo die Fehler liegen, ich weiß, daß die Oberpräsidenten nicht einsehen wollen, daß hier etwas geschehen muß, denn sonst kann ich nicht verstehen, daß sie es mit ansehen, daß 25 Prozent der rheinisch-westfälischen Arbeiter täglich auf das Land gehen, um nur etwas für ihre Familienangehörigen zu ergattern. Wir in Oberhausen haben seit Juli vorigen Jahres 36 Pfund Kartoffeln bekommen. Können Sie sich vorstellen, wie ein Arbeiter unter solchen Bedingungen arbeiten soll?

Viele mögen sagen, der Bergarbeiter bekommt seine besonderen Zuwendungen, aber die Familienangehörigen haben nur die Normalrationen. Es ist aber so, daß der Bergmann, der seine Frau und Kinder nicht hungern lassen will, eben zu der Möglichkeit des Bettelns greift. Wir lehnen das Betteln ab. Die Verteilungsmöglichkeiten müssen nach diesen Gesichtspunkten geregelt werden, und dafür haben wir als Sozialdemokraten uns einzusetzen in erster Linie. (Bravo! Starker Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Was der Genosse Jochem für das Ruhrgebiet gesagt hat, trifft mehr oder weniger auch für den übrigen Bergbau zu. Ich kann nur bestätigen, was er an Klagen vorgebracht hat. Die Arbeitsfrage im Ruhrgebiet läßt sich so, wie es jetzt geschieht, nicht lösen. Der Bergmann muß wesentlich besser gestellt werden und für ihn muß besser gesorgt werden. Ich bin

aber der Meinung, daß man zum Teil über die einzelnen Forderungen, die in dieser Entschließung enthalten sind, beraten muß mit der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter. Ich schlage deshalb vor, daß diese Entschließung dem Parteivorstand überwiesen wird mit der Maßgabe, sofort mit der Gewerkschaft der Bergarbeiter in Verbindung zu treten und mit ihr zusammen dafür einzutreten, daß dem Bergmann sein Recht wird.

Falls Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen. Ich danke Ihnen; damit ist die Entschließung dem Parteivorstand überwiesen.

Vorsitzender *Fritz Henssler*:

Wir kommen nunmehr zu der Vorlage Nr. 17 (*Organisation Jungsozialistischer Arbeitsgemeinschaften*). Genosse Heydorn hat hierzu das Wort.

Heinz-Joachim Heydorn, Hamburg: Zur Vorlage Nr. 17, Antrag des Bezirks Braunschweig, ist als Begründung sehr wenig zu sagen. Der erste Absatz versteht sich sowieso von selbst. Auf einer Tagung der Jungdelegierten haben wir gestern vernommen, daß die jungsozialistische Arbeit fast überall bereits in Angriff genommen worden ist. Es handelt sich hier darum, die Tatsachen durch die Parteitagung zu unterstreichen. In zwei Abschnitten sind einige Änderungen vorzunehmen. Im Absatz 2, Zeile 6, muß es nicht Treffen, sondern Delegiertentreffen heißen. Ein zusätzlicher Satz wird beantragt, und zwar derart, daß der Parteitag aufgefördert wird, die sofortige Schaffung eines Jugendsekretariates zu befürworten, und daß Genosse Groß mit der Vertretung der Jungsozialdemokraten in der Parteilitung zu beauftragen ist. Der Ort Braunschweig, die Stadt und das Land Braunschweig als Mittelpunkt dieses Delegiertentreffens wurde deswegen in Aussicht genommen, weil die geographische Lage Braunschweigs uns außerordentlich günstig erschien.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich würde vorschlagen, daß wir den ersten Absatz der Entschließung positiv annehmen, den zweiten Absatz, der ein besonderes Treffen der Jungsozialisten vorschlägt, dem Parteivorstand überweisen, damit der die Dinge durchführt. Ich lasse also zunächst über den ersten Absatz der Entschließung abstimmen. Wer ihm zustimmt, bitte ich, eine Hand zu erheben. Bitte um die Gegenprobe. Ist beschlossen.

Wer dafür ist, daß der zweite Absatz dem Vorstand überwiesen wird, bitte ich, eine Hand zu erheben. Auch das ist beschlossen.

Wir kommen dann zu der Vorlage Nr. 18: (*Aufbau sozialistischer Arbeitsgemeinschaften für Kultur und Wissenschaft*).

Wenn keine besondere Begründung von den Antragstellern verlangt wird, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Vorlage zustimmt, bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Das ist beschlossen.

Ein weiterer Antrag, der wohl noch nicht verteilt worden ist, kritisiert die Tatsache, daß die *Stadt- und Landpolizei* und die *Justiz* von den britischen Militärregierungen aus der deutschen Verwaltung herausgenommen worden sind.

Der Antrag stellt fest:

„Diese Maßnahme hat sich insbesondere hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der Polizei und der Justizverwaltung nicht bewährt, wie unter anderem die kürzlich erfolgte Entlassung zahlreicher Polizeibeamter und der Fall des Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm bewies.

Der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, den Militärregierungen den dringenden Wunsch zu übermitteln, daß Polizei und Justiz wieder den deutschen Behörden unterstellt werden.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stimmen wir über den Antrag ab. Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Vorsitzender *Fritz Henssler*:

Es liegt dann ein weiterer Antrag vor, der den Sport betrifft.

„Der Parteitag erkennt die Bedeutung der Sportbewegung zur demokratischen Erziehung sowie zur sittlichen und moralischen Ertüchtigung der Jugend an. Der Parteitag weiß um die Gefahren, der insbesondere die deutsche Jugend ausgesetzt ist, wenn die Sportbewegung länger dem direkten und indirekten Einfluß reaktionärer, nazistischer und militaristischer Beeinflussung ausgesetzt ist.

Die Partei hat der Förderung des Sportgedankens im Sinne unserer sozialistischen Erziehungsaufgaben ihr besonderes Augenmerk zu schenken. Die Delegierten des Parteitages beantragen die Errichtung eines Sportreferates beim Parteivorstand, dem die Beobachtungen und Ausrichtungen in allen Fragen des Sportes und verwandten Gesellschaftsorganisationen als besondere Aufgabe zu übertragen sind.“

Zur Begründung des Antrages hat der Genosse *Ulbrich*, Augsburg, das Wort.

August Ulbrich, Augsburg: Es besteht wohl kaum bei einem der hier anwesenden Delegierten ein Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratische Partei sich nicht nur der politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes anzunehmen hat, sondern alle Lebensäußerungen des Volkes in den Bereich ihrer Erwägungen ziehen muß. Das gilt für alle Gesellschaftsorganisationen, die einen wesentlichen Bestandteil des Lebens ausmachen. Wir dürfen bei dieser Frage kaum ausgehen von den Gegebenheiten der Vergangenheit, sondern haben uns nach meiner Auffassung nach den Bedürfnissen der Zukunft zu richten, nach den Bedürfnissen unserer Jugend.

Wir haben in dieser Hinsicht eine Aufgabe zu lösen, die eine Lücke schließen muß. Eine Lücke, die dadurch entsteht, daß wir die Nationalsozialisten nicht nur fernhalten von politischer und wirtschaftlicher Betätigung, sondern auch darüber hinaus von der Möglichkeit, sich in Gesellschaftsorganisationen wiederum betätigen zu können. Wir sind daher der Meinung, daß wir als Sozialdemokratische Partei die Aufgabe haben, uns dieser Frage zuzuwenden, und dafür zu sorgen, daß die Nationalsozialisten keine Möglichkeit haben, sich in Gesellschaftsorganisationen auszutoben und dort jene Zellen zu bilden, die uns gefährlich werden können.

Die Gefahr liegt nicht in erster Linie darin, daß die jungen Sportler nationalistische Tendenzen fortführen könnten — denn die junge Generation, die vor kurzem doch erst den Barraßbrock abgelegt hat, hat in ihrer überwiegenden Mehrzahl es satt, wohl noch einmal Barraß zu spielen —, die Gefahr liegt darin, daß nicht aus den Sportlern Nationalsozialisten, sondern aus den Nationalsozialisten Sportler werden.

Die Sportorganisation kann sich wohl keiner Partei verschreiben. Das wissen wir auch. Aber sie hat eine Aufgabe der staatspolitischen Erziehung, und diese staatspolitische Erziehung in den Vordergrund zu stellen und bei dieser Gelegenheit alles auszuschalten, was noch einmal dazu führen könnte, die Jugend auf die Schlachtfelder Europas zu führen, ist eine Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Wenn wir als Sportler, als junge Sportler, unseren alten Genossen Fritz Wildung dafür vorsehen, als Referent zum Parteivorstand zu kommen, so deshalb, weil er am Ort hier in Hannover ist, und in zweiter Linie deshalb, weil er uns gerade zum Über-

gangsstadium helfen kann, bis wir später eine Möglichkeit haben, einen jungen Genossen mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Wir wollen keine Fortsetzung jenes Menschentyps, der indifferent als Sportler den Dingen gegenübersteht, die in Deutschland vor sich gehen. Wir wollen eine absolut positive Staatsauffassung im Sport, und da erachten wir es als unsere Aufgabe, als Sozialdemokratische Partei darüber zu wachen, daß im Sport und allen Gesellschaftsorganisationen jene Richtung eingeschlagen wird, die wir im Interesse der Entwicklung des demokratischen Staates verlangen müssen. (Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Entschließung zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Die Entschließung ist *einstimmig angenommen*.

Dann haben wir noch einige Anträge in der Vorlage Nr. 6 zu erledigen. Da ist ein Antrag des Unterbezirks *Göttingen*, der Errichtung einer *Parteischule* für Forschung und Lehre auf den Gebieten der Ökonomie, Soziologie, Sozialpsychologie und Philosophie fordert. Ich beantrage, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für die Überweisung ist, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Es ist so beschlossen.

Dann liegt ein Antrag des Ortsvereins *Hildesheim* vor, der wünscht, daß die Bezirksvorstände beauftragt werden, in allen Bezirken Funktionär-Schulen zu errichten, in denen laufend mehrwöchentliche Kurse abgehalten werden sollen. Die Teilnehmer an diesen Kursen sollen dann erneut zur weiteren Schulung zusammengefaßt und für den Einsatz auf den politischen, sozialistischen, kommunalen und redaktionellen Gebieten vorbereitet werden.

Auch diesen Antrag müssen wir dem Parteivorstand überweisen.

Wer für die Überweisung ist, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist überwiesen.

Die beiden ersten Anträge der Vorlage 6 (Ortsgruppe *Klein-Pampau*) sind nach meiner Auffassung durch die Statutenberatungen und die bisherigen Beschlüsse als erledigt zu betrachten.

Widerspruch erhebt sich dagegen nicht, dann sind sämtliche Anträge erledigt.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Es liegt nun noch ein Antrag vor, der dem Parteivorstand das Recht gibt, bis zu *drei Mitgliedern* während einer *Wahlperiode* zu *kooptieren*, um fachliche oder regionale Erzeugungen des Parteivorstandes zu ermöglichen.

Ich glaube, einer besonderen Begründung bedarf dieser Satz nicht.

Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Das ist beschlossen.

Wir haben dann einen Antrag bezüglich der Wahl des *Tagungs-ortes* des nächsten *Parteitag*s.

Es liegt ein Antrag der hessischen Genossen vor, daß der nächste Parteitag in *Frankfurt a. Main* abgehalten werden soll. Weitere Anträge liegen nicht vor.

Es wird Überweisung an den Parteivorstand beantragt.

Wer für die Überweisung des Antrages an den Parteivorstand stimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Vorsitzender Fritz Henssler: Der Genosse *Heydorn*, Hamburg, hat das Wort zur Verlesung eines *Aufrufs an die Jugend*.

Heinz Joachim Heydorn-Hamburg: Wir haben gestern in einer Konferenz der Jungdelegierten des Parteitages beschlossen, einen Aufruf an die Jugend zu verfassen, und wir wollen diesen Aufruf jetzt hier zur Verlesung bringen. Wir wollen damit unter Beweis stellen, daß wir als junge Sozialisten wieder da sind, und daß wir auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dabei gewesen sind. Wir wollten vor allen Dingen der deutschen Jugend einen Beweis dafür geben, daß wir nicht die Restbestände irgendeiner alten Tradition sind, denn das Schicksal der letzten Jahre hat alle Traditionen wie Spinnewebe zerrissen. Wir wollen zeigen, daß wir uns als die Vorhut eines neuen, geschichtlichen Morgen betrachten, als die Vorhut von neuen Generationen, die kommen müssen und kommen werden.

Genosse *Heydorn* verliest den Aufruf an die Jugend.

Nach Verlesung des Aufrufes Bravorufe und Beifallklaschen.

Vorsitzender Fritz Henssler-Dortmund: Ich darf ohne besondere Abstimmung feststellen, daß der gesamte Parteitag diesem Aufruf seine Zustimmung gibt. (Bravo!) Wir haben damit unsere Tagesordnung erledigt.

Genosse *Schumacher* hat nunmehr das *Schlußwort*. (Wiederholte Bravorufe und starker Beifall.)

Kurt Schumacher: Als ich vorgestern vor Ihnen referierte, da war ja meine Rede nicht nur eine politische Betrachtung der Tagesfragen, sie war zu gleicher Zeit zum Verständnis und als Begründung der Vorlage Nr. 4, der Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, anzusehen. Ich will nicht all die Gründe wiederholen, aus denen wir zu der beschlossenen Form